

Landesverband Niedersachsen e.V.



Mark Rayner-Lorentzen
Landesvorstand
Metzer Straße 6a
26121 Oldenburg

e-mail: rayner@vds-nds.de

Mark Rayner-Lorentzen – Metzer Straße 6a, 26121 Oldenburg

An das
Niedersächsisches Kultusministerium
Hans-Böckler-Allee 5
30173 Hannover
Sylvia.deHaan@mk.niedersachsen.de

Oldenburg, 30.05.2026

Stellungnahme zu den Grundsatzentwürfen

Der Verband Sonderpädagogik Niedersachsen e.V. (vds) bedankt sich für die Möglichkeit, eine Stellungnahme zum Entwurf der Grundsatzentwürfe „Die Arbeit in der Hauptschule“, „Die Arbeit in der Realschule“ und „Die Arbeit in der Oberschule“

Der vds begrüßt grundsätzlich die Änderungen in den Grundsatzentwürfen, da sie zu einer Flexibilisierung des Unterrichtsangebots und der Leistungsbewertung in den jeweiligen Schulformen beitragen und somit das inklusive Setting in Teilen deutlich erhöhen können.

Die Stärkung von Diagnoseverfahren und der evidenzbasierten Entwicklung, sowie die Verpflichtung an Fördermaßnahmen legt einen weiteren Grundstein für die notwendige Individualisierung der Inhaltsvermittlung in einem inklusiven Schulsystem. Die Möglichkeit der Bildung einer Ausgangsstufe gibt gerade den Schülerinnen und Schülern mit einem Unterstützungsbedarf Lernen, den

notwendigen Raum und die Zeit, der oftmals für ihren schulischen Bildungserfolg benötigt wird.

Die Ausweitung der Verfügungsstunden als Möglichkeit der präventiven Arbeit wird als gute und notwendige Maßnahme angesehen.

Aus sonderpädagogischer Perspektive kritisch zu betrachten sind bei der Vorlage der Entwürfe zwei wichtige Aspekte, da sie die hier dargestellten positiven Effekte massiv beeinträchtigen könnten.

Zum einen enthält der Entwurf des Erlasses zur „Klassenbildung und Lehrkräftestundenzuweisung an allgemein bildenden Schulen“ weiterhin die Pflicht, zu gewährleisten, dass Lehrerstunden vorrangig dem Pflichtbereich der Stundentafel zugewiesen werden. In der aktuellen Situation dürfte diese Verpflichtung dazu führen, dass gerade die Förderung und ggf. auch die präventive Arbeit wegfallen müssen.

Zum anderen sind alle Maßnahmen außer der Förderung – die jedoch auch nicht gesichert ist – nur optional oder bedürfen der Zustimmung eines Gremiums wie zum Beispiel dem Schulvorstand. Durch die aktuell schon hohe Belastung der Schulen und der Lehrkräfte im Besonderen ist daher zu erwarten, dass die vielen neu gebotenen Möglichkeiten trotz ihrer Sinnhaftigkeit auf Ablehnung stoßen oder schlichtweg nicht umgesetzt werden. Hier wäre eine weitere Initiative der Aufklärung zu notwendigen Schritten auf den Weg auch bei den Eltern- und Schülervertretungen in eine gelingende Inklusion weiterhin sehr wünschenswert.

Mark Rayner-Lorentzen
Im Namen des Landesvorstand vds Niedersachsen